

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

spd/III/14

Hannover, 2. Febr. 1948

Die "indirekte" Methode

F.Fr. Es liegt ganz auf der Linie der "indirekten" Methode, daß sich der größte Teil der kommunistischen Akteure im Westen und Süden Deutschlands das Tarnmäntelchen des "Unparteilichen" umhängt. Die dem Kommunismus verfallenen (oder von ihm gekauften) Intelligenzler vor allem regeln samt und sonders unter dieser Kennmarke. Man erkennt sie am ehesten daran, daß ihnen das Wörtchen "fortschrittlich" allzu oft entschlüpft. In der Biedermannsmaske des Überden - Parteien - Stehenden üben sie in den Verwaltungen und sonstigen öffentlichen Institutionen einen weit größeren Einfluß aus als ihnen möglich wäre, wenn sie sich wahrheitsgemäß als Kommunisten bekenneten.

Beim Rundfunk kann man dies ebenso beobachten wie in den Körperschaften des öffentlichen Rechts und in den kommunalen und Staatsverwaltungen. Zum Schein und mit der Absicht, dadurch die Mitarbeiter hinter das Licht zu führen, lassen es diese "Überparteilichen" nie an gelegentlichen starken Worten gegen den Kommunismus fehlen. Die Praktiken in Rußland und in den von Rußland okkupierten Ländern des Ostens, so lassen sie durchblicken, behagen ihnen nicht. Indessen, dies ist nur die eine Seite der Schallplatte. Auf der anderen steht dennoch das Loblied auf die "fortschrittlichen Kräfte" eingraviert, die da im Osten tätig sind.

Das geht denn so vor sich: "Gewiß, es ist in der Ostzone durchaus nicht alles schön" - sagen die "Unparteilichen" - "aber sehen Sie, dies oder das... ist im Osten doch fortschrittlicher; dies oder das... könnte im Osten nicht geschehen; in Diesem oder Jenem... ist man im Osten uns hier im Westen doch weit voraus." Auf diese Weise hofft man, die Menschen im Westen, vor allem die politisch Urteilslosen, noch unsicherer zu machen, als sie ohnedies schon sind; noch mutloser und ängstlicher, als man sie gemeinhin schon antrifft: "Der Vormarsch des Kommunismus ist ja doch nicht aufzuhalten", so argumentieren die "Unparteilichen" weiter, "eines nicht mehr fernen Tages werden die russischen Panzer am Rhein stehen; auch der Rhein wird sie nicht aufhalten; ist es da nicht grenzenlos töricht, wenn man sich dem Kommunismus noch in letzter Stunde und auf aussichtslosen Posten entgegenstemmt. Man sollte viel klüger sein. Was haben wir denn schließlich

noch viel zu verlieren? Eigentlich können wir nur gewinnen. Und schließlich wird auch der Kommunismus sich mausern, wenn er erst einmal im Herzen Europas steht; er wird sich akklimatisieren..."

Nach diesem Rezept wird überall in Westdeutschland verfahren. In den Gewerkschaften ebenso wie in den Verwaltungen und Kulturorganisationen. Überall finden wir diese "Überparteilichen". Wo gute kommunistische Kräfte, besonders seit Beginn des antikommunistischen Aufklärungsfeldzuges der Amerikaner, zu sehr exponiert waren, wurden sie auf diese "Überparteiliche" Linie zurückgenommen: sie erhielten den Befehl, aus der KPD auszutreten und wurden obendrein noch zusätzlich von der Partei ausgeschlossen. Das trifft auf Zeitungslizenzträger ebenso zu wie auf führende Gewerkschaftsfunktionäre. "Überparteilich" ist seit geraumer Zeit das Trumpf-Wort der Kommunisten im Westen. Als "Überparteiliche" können die Spitzenfunktionäre der KPD ihre Schäflein weiterhin schirmen und überall dort einbauen, wo sie "zuverlässige" Leute sitzen zu sehen wünschen.

Bei der sonst gewohnten Aktivität der Kommunisten muß es eigentlich verwundern, daß sie beispielsweise in Allparteienkabinetten sich mit einem nebensächlichen Ressort abspesen lassen oder damit begnügen. Denn es kommt ihnen vor allem darauf an, überall Zirkel und Kommandos und Gruppen sitzen zu haben, die im Bedarfsfalle, säuberlich ausgerichtet und straffest diszipliniert, "wie ein Mann" spuren. Die Aufrichtung und der Ausbau von Zellen sind ihnen viel wichtiger als alles andere. Die sogenannten "überparteilichen Organisationen" wie die VVN und der Kulturbund, Wohlfahrtsorganisationen und andere öffentliche Institutionen sind ihnen gerade recht dazu, auf unverdächtige Weise "ihre" Leute "überparteilich" hier und da und dort unterzubringen.

Nebenher laufen dann noch für die unpolitische deutsche Intelligenz "geistige Zirkel", die unter dem Deckmantel der "objektiven Unterrichtung" prokommunistische Propaganda machen. Man inszeniert "Volkskongresse" und manifestiert Aufrufe für "Einheit und gerechten Frieden", in der sicheren Annahme, immer wieder ein paar Dummköpfe zu finden, die auf diesen Leim fliegen. Man weiß nämlich noch aus der Zeit der Weimarer Demokratie, wie gute Wegbereiter für den Kommunismus jene Snobs in den Klubs und geistigen Konventikeln waren, die vor lauter weltfremder Geistigkeit sich den Boden, auf dem sie standen, selbst unter den Füßen wegzogen.

Denn: indem sie auch nur theoretisch zum Bolschewismus ja sagten, voraeinten sie jene europäische Kultur, aus der heraus sie geworden und gewachsen waren. Wo der Kommunismus, der Urfeind des freien Geistes und der geistigen Freiheit, die beide Inbegriffe unserer abendländischen Weltanschauung sind, "objektiv" als "gute Idee" anerkannt wird, stellt man sich zwangsläufig außerhalb des europäisch-humanistischen Kulturkreises.

Paris und der Westbund

A.F. Paris, Anfang Februar

Die Unterhausrede Bevin's und die bevorstehenden Bündnisbesprechungen zwischen England, Frankreich und den Ländern der Benelux haben den Westblock oder, besser gesagt, den Westbund, seiner praktischen Vorwirklichung näher gebracht. Die Besprechungen sollen die Ausdehnung des britisch-französischen Allianzvertrages von Dünkirchen auf die Beneluxstaaten vorbereiten. Man weiß, daß der besagte Vertrag sich gegen die Gefahr eines neuen, deutschen Angriffes richtet. Handelt es sich also lediglich um den Aufbau in Westeuropa eines klassischen Bündnissystemes, Stil 1900? Davon kann nicht die Rede sein. Es denkt niemand mehr ernstlich, in England ebenso wenig wie in Frankreich, an einen drohenden, deutschen Angriff. Der Geist des Vertrages von Dünkirchen hatte sich bereits in der Stunde seiner Geburt von seinem Körper, d.h. von dem Text, losgelöst. Ziel und Absicht waren von Anfang an eine engere wirtschaftlich-politische Zusammenarbeit zwischen den Vertragspartnern. Ein klarer Hinweis hierauf sind die wirtschaftlichen Bestimmungen der Allianz. Es ist nicht ohne Bedeutung, daß Bevin in seiner Rede den späteren Anschluß Italiens und anderer europäischer Länder in Aussicht gestellt hat. Die französisch-italienischen Beziehungen dürften in dieser Richtung kein Hindernis sein. Man rechnet damit, daß Paris und Rom in Kürze den gemeinsamen Beschluß, eine Zollunion vorzubereiten, bekanntgeben werden. Es ist auch bemerkenswert, daß Italien Frankreich mit der Vertretung seiner Interessen in Albanien beauftragt hat.

Das Ziel der britisch-französischen Besprechungen mit den Benelux-Ländern ist daher zweifellos die Vorbereitung eines Westbundes. Die französische Öffentlichkeit wird mehr und mehr mit dem Gedanken eines geeinten Westeuropas vertraut. Allein die Kommunisten führen einen erbitterten Kampf gegen jeden Versuch, den sowjetischen Hegemoniebestrebungen in Europa den Weg zu versperren. Demgegenüber weist die französische Presse darauf hin, daß Osteuropa unter Führung der Sowjetunion heute eine un-leugbare Wirklichkeit geworden ist, so daß nicht einzusehen ist, weshalb sich der Westen nicht gleichartig organisieren sollte. In diesem Zusammenhang mag die offiziöse Zeitung "Le Monde" zitiert werden: "Für Westeuropa hat die Stunde selbständigen Handelns geschlagen, und da niemand daran denkt, mit Moskau zu brechen, da jeder wünscht, die Handelsbeziehungen zwischen West und Ost zu entwickeln, ist es keineswegs erwiesen, daß eine aktive Westpolitik zu einer Steigerung der Spannungen führt. Eine klare Lage ist immer einem zweideutigen Zustand vorzuziehen".

Die westeuropäische Einheit stößt auf ein großes Hindernis: die deutsche Frage. Niemand denkt daran, ein Europa ohne Deutschland aufzubauen. Das will aber nicht heißen, daß sich London und Paris über die deutsche Frage einig sind. Es ist heute schwer zu sagen, was Frankreich eigentlich will. Der Führer der Volksrepublikaner, Maurice Schumann, der den französischen Außenminister Bidault sehr nahe steht, hat auf die Anregung Churchills, den tausendjährigen französisch-deutschen Streit im Interesse Europas zu beendigen, zwei Bedingungen gestellt: födera-

listischer Aufbau Deutschlands und internationale Verwaltung des "Arsenals der Ruhr". Leider handelt es sich hier um zwei Vorstellungen, die bisher von französischer Seite noch nie eindeutig umschrieben wurden. Man darf sich fragen, ob die verantwortlichen Kreise eigentlich selbst wissen, was sie darunter verstehen wollen. Der Föderalismus beginnt bei der amerikanischen Verfassung und endet beim Staatenbund, die internationale Verwaltung der Ruhr erstreckt sich von der interalliierten Kontrolle bis zur territorialen Autonomie des Ruhrgebietes. Die Unbestimmtheit der französischen Ziele ist einer positiven Lösung der deutschen Frage wahrscheinlich hinderlicher als die Ziele selbst. Es ist zu hoffen, daß hierüber bei den am 16. Februar in London beginnenden Dreimächte-Verhandlungen über Deutschland die erforderliche Klarheit geschaffen wird.

Die demagogische Propaganda der französischen Kommunisten ist weitgehend für die gegenwärtige Ziellosigkeit der französischen Deutschlandpolitik verantwortlich. Die Ziele der Sowjetunion in Deutschland widersprechen offensichtlich den französischen Wünschen. Die französischen Kommunisten, die vor allem diese Ziele verteidigen müssen, d.h. die äußerste Zentralisierung Deutschlands, den Ausbau des deutschen Industriepotentials für bedeutende und langjährige Reparationslieferungen; die Zulassung der Sowjetunion in die Ruhrverwaltung und die Behandlung der Saar als Tauschobjekt für die Unterstützung Rußlands in der Ruhrfrage durch Frankreich, diese Kommunisten können nur durch überspitzten Nationalismus, durch theoretische Überbetonung der nationalen Interessen Frankreichs und durch eine bewußte Verwirrung der Begriffe und Ansprüche den Eindruck verwickeln, daß ihre Propaganda der Sowjetunion und nicht Frankreich dient.

Die Entnazifizierung in der französischen Zone

Zur Entnazifizierung in der französischen Zone wird uns aus Koblenz geschrieben:

Die Beratende Landesversammlung von Rheinland-Pfalz beschloß am 28-2-47 eine Verordnung, die nach Genehmigung durch die Militärregierung am 18.5.47 in Kraft trat. Diese Verordnung sieht ein sogenanntes Spruchkammerverfahren vor, ähnlich dem in anderen Zonen schon früher eingeführten. Wenige Wochen Spruchkammerpraxis haben gezeigt, daß auch dieser Weg nicht geeignet ist, die Bereinigung schnell und gerecht durchzuführen. Das "formaljuristische" Verfahren ist zu schwerfällig und zu langsam. Man hat ausgerechnet, daß die Bearbeitung der vorliegenden Einsprüche (allein im Regierungsbezirk Koblenz etwa 3000) etwa acht Jahre lang dauern dürfte. Das ist untragbar. Inzwischen hat sich die Stellung der Öffentlichkeit zur Entnazifizierung wesentlich geändert. 1945 war das Volk sich einig über die Schuld der Nazis. Heute sieht man die allgemeine Not, fühlt Hunger und Entbehrungen und so findet die Bereinigung kein Interesse mehr.

Bis heute ist es - abgesehen von den durch den Internationalen Gerichtshof erledigten Fällen - so, daß man die Kleinen gehängt hat, d.h., man hat Eisenbahnschaffner, Briefträger, städtische Boten u.a. auf die Straße geworfen; aber die Großen ließ man in Amt und Würden, und manche wurden sogar noch befördert. Das ist unhaltbar. Wenn es unmöglich ist, die Wirtschaft von den Nazi- und Stahlhelmführern zu befreien, wenn es unmöglich ist, ohne Nazis in den maßgebenden Verwaltungsstellen auszukommen, dann lasse man auch die Kleinen weiter ihre Briefe zustellen und die Straßen kehren! Wenn es unmöglich ist, auf Pgs als Schulrat und Rektor zu verzichten, dann lasse man auch die einfachen Lehrer und Lehrerinnen wieder unterrichten - unsere Kinder bedürfen des Unterrichtes sehr.

Die Spruchkammer-Praxis in Koblenz hat gezeigt, daß die meisten der von den Bereinigungskommissionen ausgesprochenen Maßregelungen nicht aufrecht zu erhalten sind. Die Beamten und Angestellten kehren fast restlos in ihre Stellen zurück, da sie meist nur "Mitläufer" gewesen sein sollen und sogar anständige. Jeder einzelne Nazi bringt Dutzende von Leumundszeugnissen bei: von Bürgermeistern und Pastoren, von Landräten und Parteivorständen, von Gewerkschaftsfunktionären, Behördenleitern und Abgeordneten, die ihm bescheinigen, daß er zwar Pg., aber nie Nazi war. Wir erleben, wie im Berufungsverfahren schwerer belastete Parteimitglieder milder beurteilt werden als die Mitläufer, die gegen die über sie verhängten Sühnemaßnahmen keine Berufung eingelegt haben. Diese fühlen sich jetzt - mit Recht - für ihre "Anständigkeit" benachteiligt.

Unter diesen Umständen sollte man auf das langwierige und kurze Berufungsverfahren verzichten. Man stelle alle wieder ein, soweit die Entlassungs-Entscheidungen nicht endgültig sind und die Belastung so stark ist, daß Berufungen gegen die Entscheidungen ausgeschlossen sind. Es ist dann Aufgabe der Behördenleiter und der Betriebsräte, gegen die Wiedereinstellung untragbarer Nazis die notwendigen Schritte einzuleiten, d.h., unter Vorlage entsprechenden Beweismaterials Anzeige beim Öffentlichen Kläger zu erstatten. Gestützt auf dieses Material, kann dieser dann die Klage erheben, und dann haben die Spruchkammern eine Grundlage für einen gerechten Spruch.

Genauso wäre es auch möglich, endlich die Wirtschaft zu bereinigen. Hier müßten vor allem die Betriebsräte das Beweismaterial dem Öffentlichen Kläger zur Verfügung stellen.

In der jetzigen Form ist die Bereinigung eine Farce - eine lächerliche Angelegenheit, die nur ernst genommen werden muß von jenen, die sie mit besonderer Härte getroffen hat.

(B. 11/2248/hs)

Dieser Tage lief durch die Presse des Tessin, des italienisch-sprachigen Südkantons der Schweiz, die Todesnachricht von Giovanni Bassanesi. Der Tote verdient, dass seiner bei denen ehrend gedacht wird; die den Kampf gegen Faschismus und Nazismus geführt und ihm Opfer gebracht haben.

Das faschistische Regime hatte seine mutigsten Gegner entweder niedergeknüpelt oder in alle Emigrationswinde gejagt, und es fühlte sich auf der Höhe von Allmacht und Glanz. Was konnte wohl die "neue Ordnung" noch stören, die Selbstzufriedenheit und den gesunden Schlaf aller Regierenden noch bounruhigen?.....

Ein Tag bricht an, der 11. Juli 1930, der das faschistische Selbstvertrauen doch sehr erschüttert und System und Herrschaft mit einem Male weit weniger gefestigt erscheinen lässt. Hoch am Himmel über Mailand zieht ein Flugzeug seine Kreise, am Steuerknüppel der junge unbändige, von der nationalen Schmach einer Nation brennende, sich in der tatenlosen Ohnmacht der Emigration verzehrende Giovanni Bassanesi.

Flugblätter, verschiedenfarbige Zettel, regnet es an diesem wolkenlosen Sommertage auf Mailand herab:

"Gerechtigkeit und Freiheit!", die revolutionäre antifaschistische Bewegung. - Erhebt Euch! Erhebt Euch!

Der Faschismus wird Italien ruinieren; die Industrie und die Staatsbank stehen in schwerster Krise: 800.000 Arbeitslose, 14.000 Konkurse im Jahre. Italien ist das Land, wo die höchsten Steuern bezahlt werden; in acht Jahren faschistischer Herrschaft sind die Steuern von 12 auf 21 Milliarden gestiegen. In den letzten 30 Monaten gab es 5 Milliarden neue Steuern, fünf Milliarden neuer Schulden. Die wirtschaftliche Hauptstadt Italiens soll nur Einhalt gebieten. Fort mit den Dieben! Eine freie Regierung dem freien Italien!

Es war die Mittagsstunde, Sirenen heulten und schrillten von einem Ende des industriegeballten Mailands zum anderen die Arbeitspause ein - und aus dem Gleissen und Gluten des oberitalienischen Sonnenhimmels wirbelt es herab, rot, grün, weiss und zu Tausenden und aber Tausenden stürzen sich alle auf diese so unerwarteten wie sonderbaren Himmelsgaben und raufen um diese mit den in hellen Scharen aufgebotenen Polizeisoldaten. Bassanesi aber verlor in seinen "Farman 200" stark an Höhe und er musste sich beeilen, um nicht einer Benzinknappheit zum Opfer zu fallen.

Der Rückflug nach der Schweiz endete in plötzlich heraufgekommene bösen Wetter mit einer Katastrophe: im Gotthard-Gebiet wurde die Maschine gegen eine Felswand geschleudert: Bassanesi lag verlotzt in den Trümmern des Farman 200. -

Der Urteilspruch wahrte absolut die Rechtshoheit der Schweiz. Für den Kanton Tessin war dieser Prozess eine Sensation. Das Tessinervolk veranstaltete dem Flieger nach dem Urteilspruch eine Sympathiekundgebung. Der damalige Bundesrat aber wies, um einer italienischen Forderung Genugtuung zu leisten, Bassanesi und seine Kameraden aus dem Lande! "Heute muss man sich dafür schämen", schreibt das Parteiorgan des Tessin.